

# Informationen

## zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS	Seite
<b>Charakteristika des Föderalismus</b> . . . . .	3
Politische Strukturen . . . . .	3
Kulturelle Vielfalt . . . . .	6
Argumente pro und kontra . . . . .	6
<b>Geschichtlicher Rückblick</b> . . . . .	9
Entwicklungen des 19. Jahrhunderts . . . . .	9
Weimarer Republik . . . . .	10
Zentralistische NS-Herrschaft . . . . .	11
Neuordnung nach 1945 . . . . .	11
Veränderungen 1949–1990 . . . . .	13
Föderalismus im vereinigten Deutschland . . . . .	15
<b>Bundesstaatliche Verfassungsprinzipien seit 1949</b> . . . . .	16
Unantastbarkeit der Bundesstaatlichkeit . . . . .	16
Aufgaben des Bundesverfassungsgerichtes . . . . .	17
Regeln bundesstaatlicher Politik . . . . .	19
Verteilung der Aufgaben im Bundesstaat . . . . .	20
<b>Rolle des Bundesrates im politischen System</b> . . . . .	23
Zusammensetzung des Bundesrates . . . . .	24
Organe und Einrichtungen . . . . .	25
Arbeitsweise . . . . .	27
Aufgaben und Befugnisse . . . . .	27
Bedeutung im politischen System . . . . .	29
<b>Politikverflechtung im kooperativen Föderalismus</b> . . . . .	30
Administrative Verflechtung . . . . .	31
Parteien-Netzwerke . . . . .	31
Kooperationen von Exekutive und Legislative . . . . .	33
Gemeinschaftsaufgaben . . . . .	34
Länderververtretungen beim Bund . . . . .	36
Rechtliche Vereinbarungen . . . . .	36
Planungsverflechtungen . . . . .	37
<b>Finanzordnung im deutschen Bundesstaat</b> . . . . .	38
Finanzierungszuständigkeit . . . . .	38
Befugnisse in der Steuergesetzgebung . . . . .	38
Verteilung der Steuererträge . . . . .	39
Finanzausgleichssystem . . . . .	41
Finanzverwaltung . . . . .	42
<b>Deutsche Länder in der Europäischen Union</b> . . . . .	43
Grenzüberschreitende Kooperationen . . . . .	43
Auswirkungen der europäischen Integration . . . . .	44
Initiativen zur Interessenwahrung . . . . .	44
Konflikt um direkte Länder-Beteiligungsrechte . . . . .	46
Europapolitische Aktivitäten des Bundesrates . . . . .	48
Interessenvertretung in Brüssel . . . . .	48
Risiken des Beteiligungsföderalismus . . . . .	48
Vorschläge zur Ausgestaltung der EU . . . . .	50
Reformprojekt Deutschland . . . . .	51
<b>Möglichkeiten und Grenzen einer bundesstaatlichen Reform</b> . . . . .	52
Debatten im Zuge der Verfassungsreform 1994 . . . . .	52
Rückübertragung von Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	53
Vorschläge zur Neugliederung . . . . .	54
„Reföderalisierungs“-Diskussion . . . . .	56
<b>Literaturhinweise und Internetadressen</b> . . . . .	57

### Zu diesem Heft:

*Der Föderalismus (lat. foedus „Bündnis“, „Staatsvertrag“) ist das historisch gewachsene staatliche Organisationsprinzip der Bundesrepublik Deutschland. Er geht zurück auf die souveränen Fürstentümer und freien Städte, die bis 1806 das Heilige Römische Reich Deutscher Nation bildeten. Ihrem Wettstreit um kulturelle Geltung, der vom aufstrebenden Bürgertum seit dem 19. Jahrhundert fortgeführt wurde, verdankt Deutschland unter anderem seine im europäischen Vergleich bemerkenswerte Vielzahl kultureller Zentren. Die föderativen Gestaltungsformen haben sich während des 19. und 20. Jahrhunderts – nur unterbrochen durch die zentralstaatlichen Tendenzen des Dritten Reiches und der DDR – in verschiedenen Ausprägungen zu behaupten gewusst. Nach 1945 sprach für die Beibehaltung der föderalen Ordnung speziell das ihr innewohnende Element der Machtaufteilung und -kontrolle. Dennoch steht der Föderalismus seit den neunziger Jahren verstärkt in der Kritik. Dazu haben verschiedene Entwicklungen beigetragen: Seit der Vereinigung Deutschlands 1990 fordert das Bemühen um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern stärker als erwartet das Engagement des Bundes sowie die Solidarität der finanzstärkeren Länder und ersetzt den Wettstreit um bestmögliche Lösungen häufig zugunsten einer „Diktatur des kleinsten gemeinsamen Nenners“ (Wolfgang Thierse). Beanstandet wird darüber hinaus die Tendenz, den Bundesrat als Blockadeinstrument zu missbrauchen, die wachsende Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern, der ansteigende Einfluss des Bundes auf Länderebene sowie der Bedeutungsverlust der Länderparlamente. Gleichzeitig bewirkt der europäische Integrationsprozess die Verlagerung staatlicher Kompetenzen auf die supranationale Ebene der EU. Die Reformen sollen dazu beitragen, dass Deutschland in einem größer werdenden Europa im Wettbewerb um Unternehmenansiedlungen und Kaufkraft bessere Chancen erhält. Die Balance zwischen einem leistungsstarken Nationalstaat und der auch demokratisch gebotenen Autonomie seiner Gliedstaaten wird allerdings immer im Auge zu behalten sein.*

Christine Hesse